

Anlieger mit ein paar Bonbons gnädig stimmen

Zur Diskussion über Straßenausbaubeiträge in Nienburg:

Die Bürgerinitiative (BI) „Keine Straßenausbaubeiträge in Nienburg“, macht auf die Problematik der Straßenausbaubeitragssatzung (Strabs) aufmerksam. 1363 Bürger der Stadt Nienburg haben sich solidarisch gezeigt und dies mit ihrer Unterschrift zum Ausdruck gebracht. Diese Unterschriften werden heute bei der Bauausschusssitzung übergeben.

Am 9. Juli tagte der Bauausschuss, um über Vorschläge der Stadtverwaltung zur Strabs abzustimmen. Eine Entscheidung wurde vertagt. Heute wird der Bauausschuss erneut über den Vorschlag der Verwaltung abstimmen, die Straßenausbaubeitragssatzung beizubehalten und in folgenden Punkten zu ändern: den beitragsfähigen Aufwand auf 85 Prozent zu reduzieren, den Abschluss von öffentlich-rechtlichen Ablösungsverträgen in den Vordergrund zu stellen, eine zinsfreie Verrentungsmöglichkeit über einen Zeitraum von 20 Jahren zu schaffen, Reduzierung der Tiefenbegrenzung auf 40 Meter, Änderung der Ermittlung der Vollgeschossanzahl, Reduzierung der Anliegersätze und Reduzierung der beitragsfähigen Maßnahmen.

Man fragt sich: Was hat sich in diesem neuen Entwurf geändert? Beim ersten Lesen denkt man, da ist viel passiert. Liest man mal genauer zwischen den Zeilen, gibt es aber leider nur wenige kleine Änderungen. Es wurden zum Beispiel die umlagefähigen Kosten korrigiert (Bushaltestellen, Parkplätze und Grünanlagen) sowie einige wenige Korrekturen für zukünftige Berechnungen vorgenommen.

Es sieht aus wie der Versuch, die Anlieger mit ein paar Bonbons gnädig zu stimmen, aber es trifft nicht den Kern der Sache: Die ungerechte und nicht solidarische Aufteilung der Kosten auf wenige Anlieger einer Straße bleibt Bestandteil dieser Strabs und ist eine bittere finanzielle Pille für viele Eigentümer, die im Falle einer Straßensanierung eine hohe fünfstellige Summe zahlen müssten.

Wenn die Politiker diesem Vorschlag zustimmen, würde nur ein kleinster Teil der Straßenausbaubeitragssatzung korrigiert. Die Probleme bleiben bestehen und es stellt sich die Frage: Soll mit dieser erneuten Abstimmung die Strabs bis zur Kommunalwahl 2021 ad acta gelegt werden, damit das leidige Thema so zunächst einmal vom Tisch ist?

Hier noch einmal Stellungnahmen einiger Politikerinnen und Politiker vom 9. Juli:

Anja Altmann (SPD): „Man ist nicht reich, wenn man ein Häuschen hat. Die Menschen zahlen es während ihres Arbeitslebens ab. Es ist ein Stück Rente und es macht keinen Sinn, dass Menschen dann wieder Kredite, Zinsen, Schulden haben.“ Frank Podehl (WG): „Eine Reduzierung des beitragsfähigen Aufwandes auf 85 Prozent bekämpft nicht das Problem, deswegen muss die Straßenausbaubeitragssatzung abgeschafft werden.“ Wiederkehrende Beiträge seien für die WG denkbar. Torben Franz (Die Linke): „Die Straßenausbaubeitragssatzung ist nicht gerecht und nicht solidarisch.“ Detlef Becker (FDP): „Die Unterhaltung von Straßen ist kommunale Kernaufgabe.“

Wird man sich noch an diese Worte erinnern? Der BI wurde zugesichert: Es wird keine Straßenbaumaßnahmen geben, solange die Strabs nicht geändert ist. Was ist diese Aussage noch wert, wenn man heute den Änderungen zustimmt?

Die Politiker sind aufgefordert, eine gerechte und solidarisch vernünftige Regelung zu finden, mit der alle Bürger leben können. Viele umliegende Gemeinden und Städte haben es vorgemacht und die Strabs abgeschafft. Natürlich müssen die Straßen erhalten, erneuert oder neu gebaut werden. Dafür sind alle Bürger solidarisch verantwortlich. Aber es muss eine gerechte zweckgebundene Gebühr für Straßenausbau geben, egal wie auch immer diese dann heißt. Eine Strabs ist längst nicht mehr zeitgemäß.

Manfred Freimark, Mitglied der Bürgerinitiative „Keine Straßenausbaubeiträge in Nienburg“